

Nicht den Bürokraten überlassen

Interview mit Kammerpräsident László Parragh

Von Dirk Wölfler

In jüngster Zeit wurde verstärkt die Wiedereinführung der Pflichtmitgliedschaft in der ungarischen Kammerorganisation diskutiert. Unterstützen Sie das?

Die Wirtschaftspolitiker der Ungarischen Industrie- und Handelskammer (MKIK) und des Fidesz stimmen darin überein, dass wir auch in Ungarn ein Kammer-System brauchen, wie es sich in Kontinentaleuropa bewährt hat. Angesichts der abweichenden Struktur und Kultur der Selbstverwaltung der Wirtschaft sollten wir jedoch nicht auf eine Pflichtmitgliedschaft hin arbeiten. Das Ziel, den Kammern einen vollständigen Überblick über sämtliche Marktteilnehmer zu geben, ließe sich stattdessen auch über eine umfassende Registrierungspflicht lösen. In einer solchen Konstellation könnten die IHK beispielsweise die berufliche Ausbildung, die Meisterausbildung oder die Handelsförderung übernehmen, aber auch behördliche Aufgaben der Kommunen, die die Wirtschaft betreffen. Ich denke da zum Beispiel an die Erteilung von Gewerbescheinen oder Genehmigungen für Standorte. Ich bin zuversichtlich, dass die diesbezüglichen politischen Absprachen erfolgreich sein werden, schließlich sind sich beide Seiten bewusst, dass die Wirtschaft Ungarns nicht wieder flott gemacht werden kann ohne deren eigentliche Akteure.

Was erwarten Sie wirtschaftspolitisch von der neuen Regierung?

Die Zweidrittelmehrheit birgt riesige Möglichkeiten, um die notwendigen Veränderungen auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Zum Beispiel kann die Reform der kommunalen Verwaltungen oder die Umgestaltung der Parteienfinanzierung angegangen werden. In jedem Fall aber sollte durch konkrete Schritte deutlich gemacht werden, dass sich die Richtung des Regierungshandelns verändert hat. Erste Schritte lassen sich innerhalb von ein bis zwei Monaten einleiten, anderenfalls ginge das

STECKBRIEF



László Parragh, Präsident der MKIK seit 2000

Ungarische Industrie- und Handelskammer

- 1868:** Einführung der Pflichtmitgliedschaft
- 1948:** Gründung der halbstaatlichen Ungarischen Handelskammer
- 1994:** Wiederherstellung des traditionellen Kammer-Systems
- 2000:** Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft
- 2010:** Die MKIK hat ca. 43.000 Mitglieder

noch vorhandene Vertrauen in eine entschlossene, handlungsfähige Regierung verloren. Die großen Strukturformen müssen spätestens 2011 eingeleitet werden.

Ein anderer Gegenstand allgemeiner Kritik ist die Korruption. Sehen Sie eine Chance, dass hier eine grundsätzliche, nachhaltige Umkehr eintritt?

Das größte Problem sehe ich darin, dass die Korruption zu einem Bestandteil unseres Alltags geworden ist. Das hängt unter anderem mit der Schwächung der staatlichen Ordnungsmacht zusammen, die eigentlich die Einhaltung der Normen garantieren soll.

Der von Transparency International ermittelte Korruptionswahrnehmungsindex weist in Ungarn seit Ende der 90-er Jahre keine Verbesserung auf. Obwohl zugegebenermaßen

das Ausmaß der wahrgenommenen Korruption von der tatsächlichen Situation abweichen kann, belegt auch dieser Wert, dass sich die Situation nicht verbessert hat. Dass heute in den Medien und der öffentlichen Debatte die Korruption häufiger thematisiert wird, kann an sich schon als ein positiver Prozess gewertet werden. Dennoch ist eine grundlegende Katharsis in der der Denkweise, ja der Kultur erforderlich. Meiner Ansicht nach bedarf es dazu keiner neuen Institutionen und Regeln, es müssten „nur“ die bestehenden eingehalten werden. Die Einsetzung des kürzlich beschlossenen „Transparenzkommissars“ ist zum Beispiel nicht realitätsnah..

Zahlreiche Politiker haben besonders im Wahlkampf die bevorzugte Förderung der heimischen Wirtschaft gefordert, die Rolle ausländischer Investoren würden sie eher einschränken. Stimmen Sie mit dieser Differenzierung überein?

Ich denke, dass ausländische Unternehmen nicht über einen Kamm geschert werden können. Es gibt zahlreiche ausländische Unternehmen, die moderne Technologien ins Land bringen, hier Forschung und Entwicklung betreiben, Werte schaffen, bestehende Kapazitäten ausbauen. Dazu gehört übrigens auch die Mehrheit der deutschen Unternehmen. Zugleich gibt es auch ausländische Unternehmen, die dem Land einfach nur Ressourcen entziehen, zum Beispiel im Bereich des Handels. Die negativen Töne sind wohl der Tätigkeit dieser letzteren Gruppe zu „verdanken“. Eine undifferenziert negative Einstellung gegenüber multinationalen Unternehmen halte ich aber für gefährlich, weil sie auch die zuerst genannte Gruppe von Unternehmen verunsichert.

Unsere Berechnungen nach gibt es in Ungarn 200 bis 300 tausend kleine und mittelständische Unternehmen, die auch lang-



Foto: www.dvnet.hu

Das Gebäude der Ungarischen Industrie und Handelskammer am Kossuth Platz, gegenüber dem Parlament.

fristig wettbewerbsfähig sein können. Dazu sind vor allem funktionsfähige Zulieferketten notwendig, die diese Gruppe von KMU mit den in Ungarn tätigen großen, überwiegend ausländischen, Unternehmen verknüpfen. Auf diese Art ließen sich übrigens auch die ausländischen Unternehmen besser in die heimische Wirtschaft integrieren: wenn sie ihre Bauteile quasi „zu Hause“ beschaffen, dann kann das auch ihre Verbundenheit mit dem Standort Ungarn stärken.

Sie tadeln seit längerem, wie EU-Fördermittel in Ungarn verteilt und verwendet werden. Was müsste verändert werden?

Die Vergabe von EU-Mitteln erfolgt losgelöst von der Unternehmenswelt, es ist ein Staat im Staate. Dort gibt es nicht nur ein eigenes institutionelles System mit unzähligen Gremien und Organisationen, sondern sogar eine eigene Sprache. Die Unternehmen bemängeln, dass das Ausschreibungssystem den Markt verzerrt, kostspielig, jedoch nicht effizient, und bedauerlicherweise ist es auch eine Brutstätte der Korruption ist. Hier ist eine grundsätzliche Wende erforderlich. Grundsätzlich muss die Struktur so gestaltet werden, dass diejenigen Organisationseinheiten über die Ressourcen verfügen dürfen, die auch für die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben verantwortlich sind. Ein großer Fortschritt wäre schon, wenn ungarische Ausschreibungen nicht mehr und strengere Auflagen enthalten würden, als von der EU vorgeschrieben.

Im Land herrscht großes Einvernehmen darüber, dass das Berufsbildungssystem mangelhaft ist. Wie müsste ein erfolgreiches Berufsbildungsmodell aussehen?

Die Mängel der beruflichen Ausbildung sind in zweierlei Hinsicht schädlich: einerseits erlangen die Schüler nicht das Wissen, was sie

auf dem Arbeitsmarkt gut verwerten könnten, andererseits führt es bei den Unternehmen zu Fachkräftemangel, der auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsmöglichkeiten der Gesamtwirtschaft gefährdet.

Eine der dringlichsten Aufgaben ist die staatliche Lenkung der Berufsausbildung, die Beendigung der Zersplitterung im System.

Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) für Ungarn		
	Punktwert*	Rang*
1998	5,0	33
1999	5,2	31
2000	5,2	32
2001	5,3	31
2002	4,9	33
2003	4,8	40
2004	4,8	42
2005	5,0	40
2006	5,2	41
2007	5,3	39
2008	5,1	47
2009	5,1	46

Zum Vergleich (2009)		
	Punktwert*	Rang*
Neuseeland	9,4	1
Deutschland	8,0	14
Vereinigte Staaten	7,5	19
Ungarn	5,1	46
Somalia	1,1	180

* Der Punktwert bezieht sich auf das von Geschäftsleuten und Länderanalysten wahrgenommene Ausmaß der Korruption bei Amtsträgern und Politikern und reicht von 10 (als frei von Korruption wahrgenommen) bis 0 (als extrem von Korruption befallen wahrgenommen). Die Zahl der in die Rangliste aufgenommenen Länder variiert von Jahr zu Jahr, deshalb ist der Rang eines bestimmten Landes nur mit Einschränkungen mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Transparency International

Heute haben in der beruflichen Ausbildung zwei Ministerien Weisungsrecht, und weitere 11 Ministerien Fachaufsichtsbefugnisse – das ist nicht akzeptierbar. Die Profile der einzelnen Formationen und Einrichtungen in der Berufsbildung sind nicht klar definiert, ebenso wenig wie auch das Verhältnis zu-, beziehungsweise die Arbeitsteilung untereinander.

Einer der größten Schwächen der beruflichen Ausbildung in Ungarn ist das geringe Gewicht der praktischen Ausbildung. Um die durch praktische Arbeit begleitete berufliche Qualifizierung auszuweiten, sind neben einer entsprechenden institutionellen Basis auch erweiterte Anreizsysteme für die Arbeitgeber erforderlich, einschließlich einer Entlastung bei den Kosten, die den Unternehmen aus der beruflichen Ausbildung entstehen.

Sie wurden im Oktober 2000 zum Präsidenten der ungarischen Industrie- und Handelskammer gewählt. Möchten Sie diese Arbeit fortsetzen?

Mein Mandat gilt bis 2012. Die kommenden zwei Jahre sind für mich eine außerordentlich große Herausforderung, denn in dieser Zeit kann und muss das Kammer-System in Ungarn grundsätzlich reformiert werden. Zuerst durch die Schaffung der rechtlichen Grundlagen und dann durch die Schaffung eines neuen und funktionsfähigen institutionellen und organisatorischen Systems. Daran möchte ich mich mit voller Kraft beteiligen.

Das vollständige Interview enthält weitere Antworten, z.B. zu Fragen der Haushalts- und Geldpolitik. Die ungekürzte Fassung finden Sie auf unserer Homepage unter www.duihk.hu/wirtschaft/aktuelle-nachrichten